

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	28. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	20. September 2016, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

8.

**Punkt 7 der Tagesordnung: Bebauungsplan „Südlich Haid-und-Neu-Straße 32 - 36 bis Rintheimer Straße“, Karlsruhe-Oststadt:
Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB)**

Vorlage: 2016/0514

dazu:

Schallabsorbierende Fassadengestaltung

Änderungsantrag des Stadtrats Johannes Honné und der Stadträtin Dr. Ute Leidig (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom

19. September 2016

Vorlage: 2016/0555

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt:

Auf Grundlage der gemäß §§ 3 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) bereits erfolgten Verfahrensschritte ist das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans „Südlich Haid-und-Neu-Straße 32 – 36 bis Rintheimer Straße“, Karlsruhe-Oststadt mit der Auslegung des Bebauungsplanentwurfs gemäß § 3 Abs. 2 BauGB fortzusetzen.

Der Auslegung ist grundsätzlich der Bebauungsplanentwurf vom 12. August 2015, in der Fassung vom 28. Juli 2016 zugrunde zu legen. Änderungen und Ergänzungen, die die Grundzüge der Planung nicht berühren, kann das Bürgermeisteramt noch in den Bebauungsplanentwurf aufnehmen und zu diesem Zweck ggf. die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs wiederholen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf:

Hier rufe ich ebenfalls auf den Änderungsantrag der Grünen-Gemeinderatsfraktion. Die entsprechende Stellungnahme müsste Ihnen auf dem Tisch vorliegen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Stadtrat Honné.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Hier geht es um den Neubau eines größeren Komplexes, von einer vernetzten Pflegeeinrichtung als Ersatz für das Seniorenzentrum Klosterweg, zumindest sehr wahrscheinlich, einer Kita, neuen Wohnungen, die bis zu einem House of IT, einem Getränkemarkt und Café reicht. Damit wird die Innenverdichtung weiter fortgesetzt. Neben dem Ersatz alter Nutzungen wird auch ein Teil der Grünzone dafür bebaut. Das ist nicht schön, aber das müssen wir hinnehmen, wenn wir für Innenverdichtung sind. Immerhin bleibt ein Teil des Hoepfner-Gartens erhalten und wird auch für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das ist dann doch ein schöner Ausgleich. Ein wesentlicher Punkt ist hier der Verkehrslärm der Haid-und-Neu-Straße, sowohl von Kfz's als auch von den Straßenbahnen. Da ging es darum, ob man lückenlos an der Straße entlang baut. Dann wäre der Verkehrslärm maximal abgehalten. Andererseits ist dann durch die Durchlüftung des Gebiets nicht so gut. Deshalb hat man sich dafür entschieden, es eben nicht lückenlos zu bebauen. Dem stimmen wir so zu.

Andererseits zum Verkehrslärm an der Herrenalber Straße haben wir gelernt, dass die Leute, die gegenüber diesen größeren Neubauten wohnen, gesagt haben, dass es merklich lauter geworden ist, seitdem dieser Bau da steht. Deshalb hatten wir damals gesagt, es sollte eigentlich an allen Straßen mit großer Verkehrsbelastung dann bei neuen Bebauungsplänen dafür gesorgt werden, dass nicht solche Reflektionen auf den Häuserwänden auftreten, um die Gegenüberliegenden nicht zu belasten. Nun weiß ich, gegenüber wohnt im Moment gar keiner. Das ist aber ein Bebauungsplan, der erst einmal auf Ewigkeit gilt. Es könnte immer sein, dass dann doch welche kommen. Weiter hinten wohnen auch jetzt schon Leute. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt, dass doch die Oberfläche entlang der Haid-und-Neu-Straße so gestaltet werden soll, dass möglichst wenig Lärm reflektiert wird. Rechnerisch ist es wohl sehr wenig. Tatsache ist die Erfahrung aus der Herrenalber Straße, dass die Leute sagen, es ist lauter geworden. Ich kann es nicht beurteilen, man kann es auch nicht nachmessen. Man kann nur einfach diese Aussage hinnehmen. Wir glauben, dass es mit vertretbarem Aufwand zu schaffen wäre, die Oberfläche so zu gestalten, dass sie einigermaßen lärmabsorbierend ist.

Jetzt ist die Antwort der Verwaltung so, dass sie das weiter prüfen will. Davon sind wir nicht ganz so begeistert. Es stand vorher schon in der Vorlage drin, dass man es nicht wollte. Jetzt freuen wir uns darüber, dass es noch einmal geprüft wird und sind mit der Antwort so zufrieden.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Zuerst einmal glauben wir, dass es für die gesamte Oststadt und seine Bürgerschaft eine Win-Win-Situation ist, dass der Investor, die Familie Hoepfner, dieses großartige gesamte Spektrum errichten wird. Die Bürgerschaft wird letztendlich von allen Einrichtungen dort profitieren.

Ganz kurz zum Antrag der Grünen. Alle Gutachten sind erfüllt. Es gab eine frühe Beteiligung der Bürgerschaft. Die Antwort der Verwaltung ist ausreichend. Eines lassen Sie mich bitte noch anmerken, Herr Honné. Es kann nicht sein, dass wir vom Gemeinderat den Bauherren immer wieder neue Auflagen machen, noch mehr in die Tiefe gehen und letztendlich manchen dann erschrecken würden, damit er weiter in dieser Stadt

investiert. Deshalb Ablehnung Ihres Antrages und Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung.

Stadtrat Hermanns (SPD): Ich möchte mich meinem Vorredner hier anschließen. Auf diesem Areal werden in unterschiedlichen Engpasssituationen neue Angebote gemacht, zum einen Altenpflege, zum anderen Kitaplätze und studentisches Wohnen, aber auch hochwertiger Wohnraum, insbesondere Gewerbeimmobilien in der gesamten Achse. Bei der KIT-Erweiterung wurde früher mal von einer Informatikmeile gesprochen, vom Durlacher Tor bis zum Technologiepark. Das ist ein Ensemble, was hier noch einen Schulterschluss bekommt. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass das Grundstück als gewerbliche Erweiterungsfläche für die Brauerei vorgesehen war. Von daher wird es eigentlich veredelt. Es kommt keine weitere Industriefläche drauf, sondern es kommt hochwertige Wohnbebauung.

Zu Ihrem Änderungsantrag. Grundsätzlich ist die SPD-Fraktion auch für Lärmminimierung, aber wir müssen hier schon mit Augenmaß agieren. Wenn wir ganz klar sehen, dass die gesamte Gebäudestruktur in diesem Areal Gewerbeflächen darstellt und eventuell noch hinter dem Steinmetz eine Wohnung ist, dann müssen wir im Verhältnis zu den Kosten - wir wollen günstigen Wohnraum, wir wollen bezahlbare Altenpflegeflächen haben - gleichzeitig mit Augenmaß agieren, wenn wir zusätzliche Auflagen erteilen wollen. In der Abwägung können wir hier heute ganz klar der Vorlage der Verwaltung folgen und werden Ihren Änderungsantrag ablehnen.

Stadtrat Cramer (KULT): Für meine Fraktion ist dieser Bebauungsplan ein sehr gutes Beispiel, wo man heute bei dem hohen Bedarf an Einrichtungen für alte Menschen, für Kinder, für Studenten, aber natürlich auch insbesondere für das Wohnen Flächen braucht. Wir sehen diesen Bebauungsplan als beispielgebend. Der Mix, der hier durchgeführt wird, würden wir uns in anderen Stadtteilen, wenn es möglich ist, auch wünschen. Es gibt eine Kröte zu schlucken, das ist einfach die Einschränkung von Grünflächen, von Freiflächen. Diese Einschränkung schlucken wir heute aber gerne, weil wir meinen, dass es ein besonders guter Bebauungsplan ist.

Dem Änderungsantrag der Grünen können wir heute so nicht zustimmen.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich rede hier auch im Namen der FDP-Fraktion. Wir haben hier eine Innenverdichtung, die ein Paradebeispiel in Karlsruhe ist. Von Wohnen, Altenpflege bis zum Gewerbe erhält hier die Oststadt eine zeitgemäße, nützliche innenstädtische Bebauung, die der ganzen Oststadt gut tut. Wir sind der Meinung, dieses Paradebeispiel könnte auch Nachfolger und Nachahmer finden. Es ist gut, wie hier gebaut wird und wir stimmen dieser Vorlage zu.

Für das Anliegen der Grünen haben wir Verständnis, aber meine Vorredner haben darauf hingewiesen, dass man einem Bauherrn, der hier Geld investiert, nicht alle wünschenswerten Möglichkeiten aufs Auge drücken kann. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

Der Vorsitzende: Das war die letzte Wortmeldung. Die Grünen haben erklärt, dass Sie mit der Antwort, zwar nicht restlos, aber ausreichend, zufrieden sind. Insofern brauchen

wir es nicht abstimmen. Wir kommen jetzt gleich zur Beschlussvorlage. Ich bitte jetzt um Ihr Knopfzeichen. - Mit sehr großer Mehrheit angenommen. Damit kann das Ganze losmarschieren.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
4. Oktober 2016